

## **Demonstranten in Mexiko wegen schwerster Delikte angeklagt**

Am internationalen Aktionstag für die verschwundenen Studenten von Ayotzinapa am 20.11. hat die Polizei in der mexikanischen Hauptstadt im Zuge der massiven Proteste rund 30 Personen verhaftet. Einige von ihnen sollen wegen schwerster Delikte angeklagt werden. Nach Zusammenstößen zwischen kleinen Gruppen der rund 100.000 Demonstranten und vor dem Nationalpalast positionierten Hundertschaften der Polizei war der zentrale Platz der Hauptstadt, auf dem sich noch Tausende friedliche Demonstranten befanden, gewaltsam geräumt worden. Dies stieß auf massive Kritik von Menschenrechtsorganisationen.

Die Staatsanwaltschaft [klagt](#) vier Frauen und sieben Männer wegen versuchten Mordes, Aufruhr und organisierter Kriminalität an. Dies berichtete Dolores González, die Direktorin der Menschenrechtsorganisation Serapaz, gegenüber der Zeitung La Jornada. Die elf Gefangenen befinden sich jetzt in Hochsicherheitsgefängnissen in den Bundesstaaten Nayarit und Veracruz, in denen auch mutmaßliche Täter von Iguala einsitzen. Organisationen wie Serapaz und Familienangehörige machen geltend, dass die Studenten in der Haft geschlagen wurden.

## **Peking kritische Demonstranten in Hongkong festgenommen**

Die seit 64 Tagen andauernden Proteste gegen die von Peking gesteuerten Wahlen sind in der ergangenen Nacht erneut von über 100 Festnahmen überschattet worden. Nachdem ein Gericht dem Antrag von Kleinbusfahrern stattgegeben hatte räumte die Polizei eine Kreuzung. Hierbei kam es zu den Festnahmen. Weitere zentrale Protestlage nahe dem Geschäftsdistrikt sind nach wie vor besetzt.

## **Bericht: U.S. Drohnen Angriffe töten 28 Unbekannte bei jedem Ziel**

Eine neue Untersuchung reklamiert dass bei jedem intendierten Angriffsziel von US Drohnen jeweils 28 unbekannte Menschen getötet werden. Während die Obama Administration die Präzision ihrer Drohnenangriffe rühmt, kann die Gruppe Reprieve belegen, dass Angriffe, die 41 Menschen im Jemen und Pakistan galten, mehr als 1.000 andere, völlig unbekannte Personen getötet wurden. Die 41 Angriffe auf Zielpersonen haben also die sechsfache Anzahl von Menschen getötet. Allein beim Versuch den al-Qaeda Anführer Ayman al-Zawahiri zu töten, hat die CIA 76 Kinder und 29 Erwachsene getötet. Al-Zawahiri blieb am Leben.

## **Britische Journalisten verklagen Londoner Polizei wegen Bespitzelung**

In Großbritannien, hat eine Gruppe von Journalisten die Londoner Metropolitan Police verklagt, als sie im Besitz von Überwachungs-Dokumenten kamen, die ihre jahrelange Ausforschung belegen. Jason Parkinson, einer der betroffenen Journalisten, beschrieb, dass die Dokumente der Polizei belegen, dass alle möglichen Details seiner Kleidung gesammelt wurden wie auch die seines Partners enthalten sind und an welchen Protesten er berichterstattend teilgenommen habe.

## **Armut und Ausgrenzung für nicht EU-Bürger in der EU besonders hoch**

Nahezu jeder 2. Nicht EU-Bürger (47,8%) war im Jahr 2013 armutsgefährdet oder direkt von sozialer Deprivation betroffen. **Gegenüber den einheimischen EU-Bürgern war damit die Quote mehr als Doppelt so hoch.** Sie kamen auf 22,1 als Staatsangehörige bzw. als aus einem anderen EU Staat kommend mit 28 %, Jeder fünfte **Nicht** EU-Bürger war im Jahr 2013 im Alter von 18 Jahren oder älter (20,7%) in der EU28 von erheblicher materieller Deprivation betroffen. Dies bedeutet, dass ihre Lebensbedingungen auf Grund von fehlenden Mitteln

eingeschränkt waren, bspw. dass sie nicht in der Lage waren, ihre Rechnungen zu bezahlen, ihre Wohnung angemessen zu heizen oder einen einwöchigen Jahresurlaub weg von zu Hause zu finanzieren. Für Staatsbürger betrug diese Quote 8,9% und für Staatsbürger eines anderen EU-Mitgliedstaats war sie sogar niedriger (7,4%). Auch bei den Wohnverhältnissen mußte ein Drittel der Nicht-EU-Bürger in überbelegten Wohnungen unterkommen, während die Staatsangehörigen auf eine Quote von 15 bzw. aus der EU von 15,3 % kamen,

### **Gesundheitswesenerinnen streiken in England und N. Irland**

In England and Northern Ireland haben am Montag bereits hunderttausende von Arbeitern des Gesundheitswesens einen vierstündigen Streik unternommen. Sie planen in der ganzen Woche weitere Aktionen. Ihr Protest richtet sich gegen die Weigerung der Regierung Cameron eine 1-% Steigerung der Löhne vorzunehmen, die eine Schlichtungskommission vorgeschlagen hatte

### **Amnesty verlangt dauerhaftes Bleiberecht für afghanische Flüchtlinge**

Am Wochenende starben erneut dutzende Menschen bei einem Anschlag in Afghanistan. Klar ist: Die Sicherheits- und Versorgungslage wird auf Dauer keine Rückkehr von Flüchtlingen zulassen. Trotzdem leben viele afghanische Flüchtlinge in Deutschland in Angst vor der Abschiebung. Bei der Innenministerkonferenz (IMK) soll nun über ihr Schicksal beraten und eine Neubewertung der „abschiebungsrelevanten Sicherheitslage“ vorgenommen werden. Heute beginnt die Vorkonferenz der Staatssekretäre in Berlin.

Für mehr als 4000 Flüchtlinge aus Afghanistan, die nur geduldet in Deutschland leben, könnte dies im besten Fall einen Abschiebungsstopp und ein Leben in Sicherheit mit einer Integrationsperspektive, im schlechtesten Fall Kettenduldungen und vermehrte Abschiebung bedeuten. „Tausende Flüchtlinge aus Afghanistan werden durch Kettenduldungen von gesellschaftlicher Teilhabe und dem Arbeitsmarkt ferngehalten“, erklärt Bernd Mesovic, stellv. Geschäftsführer von PRO ASYL, „Wir fordern die Innenministerkonferenz auf, afghanischen Flüchtlingen Aufenthaltserlaubnisse zu erteilen und damit die Integration zu ermöglichen. Die Sicherheits- und Versorgungslage lässt auf absehbare Zeit keine Rückkehr zu.“

### **Sckerl bleibt im Untersuchungsausschuss Schlossgarten**

Die Fraktionen von Grünen und SPD im Untersuchungsausschuss Schlossgarteneinsatz II haben am Dienstag den Antrag von CDU und FDP abgelehnt, den Obmann der Grünen Uli Sckerl aus dem Ausschuss auszuschließen. Zuvor hatte die Landtagsverwaltung in einer Stellungnahme festgestellt, dass die einschlägigen Vorschriften des Untersuchungsausschussgesetz (UAG) auf den grünen Abgeordneten gar nicht zutreffen können.

"Das ist ein erneutes und durchsichtiges Manöver der CDU, um die Arbeit des Ausschusses zu torpedieren. Wir haben die Aufgabe, auf Grundlage des Einsetzungsantrages des Landtages, Beweise zu erheben. Davon lassen wir uns nicht beirren", sagte SPD-Obmann Sascha Binder. Sckerl hatte als Mitglied des 1. Untersuchungsausschusses über dessen Ergebnisse kritisch publiziert. Diese unentgeltliche mediale Tätigkeit wollen die damaligen Befürworter des blutigen Einsatzes ihm heute als „wirtschaftliches Interesse“ zum Vorwurf.

### **VG Freiburg basht Standvergabe der FWTM auf Weihnachtsmarkt**

Wieder einmal ist eine der typischen Schludrigkeiten, für die der hochdotierte FWTM Chef Bernd Dallmann die Verantwortung trägt, aufgefliegen. Das VG Freiburg verpflichtete den ach so

wirtschaftlichen, öffentlichen Schuldenkrösus von Freiburg in seiner Vergabep Praxis für Stände am Weihnachtsmarkt endlich rechtlich korrekt vorzugehen. Präziser: der Dienstherr, des am MillionenTropf, der Stadt Freiburg hängenden Herrn Dallmann und seiner FWTM wird angewiesen für rechtlich korrekte Verhältnisse zu sorgen.

Die FWTM, die für die Stadt die ausufernden Ständegenehmigungen angeblich nach einem Punktesystem in sechs Kategorien vornimmt, wurde bescheinigt in drei der 8 Kategorien mit jeweils 6 Punkten weder in der Ausschreibung geschweige denn in der Zuteilung über ein transparentes Punktesystem verfügt zu haben.

*„Qualität der Dienstleistung - Schulungsnachweise von Personal, Erfahrung bei Großveranstaltungen“, „Persönliche Anwesenheit - Nennung einer Person mit Qualifizierung und evtl. Schulungsnachweise“ sowie „Bewährt aus anderen Veranstaltungen - Referenzen, Nachweise, Qualitätsbeschreibung“. Den Akten sei auch nicht zu entnehmen, aufgrund welcher Informationen die FWTM gleichwohl jeweils zu einer entsprechenden Punktebewertung der Bewerbungen bezogen auf diese drei Gesichtspunkte gelangt sei.“*

So lautet das vernichtende Urteil über den "letzverantwortlichen" Dallmann. Der hatte erst jüngst beim Gemeinderat die Erhöhung seiner beträchtlichen Jahresbezüge um eine 5-stellige Summe erhöht bekommen, gerade wegen seiner gestiegenen "Letztverantwortlichkeit". Wie üblich im unverantwortlichen Freiburg dürfte dieser erneute Dallmann-Fehlgriff beim Dienstherrn Dieter Salomon ungeahndet bleiben.